

963 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 20. Juni 1973,
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über sozial-
und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen geändert wird

Mit dem Bundesgesetz, BGBl.Nr. 71/1971, wurden für die sozial-
und wirtschaftswissenschaftlichen Studienrichtungen an der Hoch-
schule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz ab dem
Sommersemester 1971, befristet bis zum Sommersemester 1973, Studien-
kommissionen zur Erlassung von Studienplänen und zur Erstattung von
Empfehlungen über die Gestaltung von Lehrveranstaltungen und Prüfun-
gen sowie zur Untersuchung der Ursachen von Studienverzögerungen
und zur Ausarbeitung entsprechender Empfehlungen, eingesetzt. Durch
den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates sollen solche
Studienkommissionen an allen Hochschulen (Fakultäten) mit sozial-
und wirtschaftswissenschaftlichen Studienrichtungen auf Dauer ein-
gerichtet werden.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten hat die
gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 26. Juni 1973 in Ver-
handlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu
empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für Verfassungs-
und Rechtsangelegenheiten somit den Antrag, der Bundesrat wolle
beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 20. Juni 1973,
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über sozial-
und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen geändert wird,
wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 26. Juni 1973

W i n d s t e i g
Berichterstatte

Dr. F r u h s t o r f e r
Obmann